

Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am
15.06.2010

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 19:50 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Jung

Frau Niederfranke

Frau Osthus

Herr Schön

Herr Weber

(ab 17:05 Uhr)

SPD

Herr Donath

Herr Garbrecht

Frau Gündogdu

Frau Schneider

Frau Schrader

Vorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Mann

Frau Dr. Ober

BfB

Frau Cascante-Maristany

Herr Schuster

FDP

Herr Buschmann

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

Bürgernähe

Frau Geilhaar

Beratende Mitglieder

Frau Dogan-Alagöz

Frau Huber

Herr Klein

Herr Winkelmann

Integrationsrat

Seniorenrat

Psychiatriebeirat

Beirat für Behindertenfragen

(ab 17:10 Uhr)

(von 17:40 - 19:20 Uhr)

Gäste

Herr Adams
Herr Radloff

Herr Richter

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler
Frau Schulz

Frau Buddemeier
Herr Voßhans

Frau Grewe

Frau Schröder

Herr Metzger
Herr Hagedorn

Schriftführung

Frau Krumme

AGW
Arbeitplus in Bielefeld
GmbH
Agentur für Arbeit

Dezernat 5
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Gleichstellungsstelle
Amt für Integration und
interkulturelle Angelegen-
heiten
Amt für Integration und
interkulturelle Angelegen-
heiten
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Bauamt
Bauamt

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Zu Punkt****Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Garbrecht begrüßt vor Eintritt in die Tagesordnung die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er schlägt folgende Änderungen vor:

- Neu: TOP 1 Verpflichtung von Frau Mann als stellvertretendes Mitglied
- Neu: TOP 6.2 Bildung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Umsetzung des SGB II
- TOP 9 absetzen, wegen weiteren Beratungsbedarfs der Krankenkassen

Die Anwesenden stimmen den Änderungen der Tagesordnung zu.

Zu Punkt 1**Verpflichtung von Frau Mann als stellvertretendes Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sozial- und Gesundheitsausschuss**

Vorsitzender Herr Garbrecht begrüßt Frau Mann in ihrer ersten Sitzung der Legislaturperiode 2009 – 2014 und verpflichtet sie nach folgender Formel mit Handschlag:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und

Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 5. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 11.05.2010**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 5. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 11.05.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Zu Punkt 3.1 **Leuchtturmprojekt EVIDENT: Fallstudienbericht zu den Versorgungsstrukturen für Demenzkranke und ihre Angehörigen in der Stadt Bielefeld - Forschungsprojekt im Rahmen des "Leuchtturmprojektes Demenz"**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 **Verleihung des LWL-Psychiatriepreises 2010**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 **Außerordentliche Sitzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz am 02. Juni 2010**

Vorsitzender Herr Garbrecht verweist auf die als Tischvorlage verteilte Mitteilung (**Anlage 1**). In einer der nächsten Sitzungen werde die Verwaltung ausführlich über die Ergebnisse des Workshops berichten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Eckpunktebeschluss zur Verlängerung der Leistungsverträge (gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 04.06.2010)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1105/2009-2014

Frau Dr. Ober begründet den Antrag und erläutert einzelne Punkte des Beschlussvorschlags. Mit einem entsprechenden Beschluss würde den Trägern signalisiert, dass an den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen festgehalten werde. Personelle Konsequenzen seien somit nicht zu befürchten.

Für die Fraktion Die Linke lehnt Herr Dr. Schmitz den Beschlussvorschlag unter Nr. 3 und Nr. 5 ab. Frau Geilhaar unterstützt die Auffassung von Herrn Dr. Schmitz zu Nr. 3. Im Hinblick auf die Personalverantwortung der Träger stimmt Herr Weber für die CDU-Fraktion dem Eckpunktebeschluss zu. Für die BfB-Fraktion schließt sich Frau Cascante-Maristany der Auffassung von Herrn Weber an und fordert die Verbände und die Verwaltung auf, gemeinsam Veränderungen zu erarbeiten, so dass die finanziellen Mittel ausreichen. Herr Buschmann führt aus, dass Verlängerungen von nur einem Jahr als Chance für inhaltliche Vertragsänderungen zu werten seien, um beispielsweise eine Erhöhung der Armutsbekämpfung zu ermöglichen. Die finanzielle Festschreibung trage der allg. finanziellen Situation des öffentlichen Dienstes Rechnung und stelle keine Bewertung der Arbeitsleistung der Trägerbeschäftigten dar. Mit der Ausweitung der Entgeltvereinbarungen solle eine bessere Wettbewerbsgerechtigkeit erzielt werden. Als Vertreter der Wohnfahrtsverbände erklärt Herr Adams Gesprächsbereitschaft und nimmt das positive Signal zur Verlängerung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen entgegen. Er weist darauf hin, dass die Festschreibung der Personalkosten nicht akzeptiert werde. Abschließend fordert Vorsitzender Herr Garbrecht die Verwaltung auf, für die weiteren Beratungen im Ausschuss eine Vorlage zu erarbeiten, die die Konsequenzen aufzeigt und erläutert.

Beschluss:

- 1. An dem bewährten System der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen sozialer Arbeit sowie der Kinder- und Jugendarbeit halten wir fest. Sie sollen sich stärker auf die Lebenslagen derjenigen beziehen deren Armutsrisiko höher und deren Bildungschancen geringer sind.**
- 2. Dafür wollen wir über die Leistungsverträge hinaus, die Leistungen der Kommune im Sozial-, Jugend- und Bildungsbereich, Aufgabenstellungen der Arbeitsmarktpolitik, Projekt-**

förderungen des Europäischen Sozialfonds, Förderungen von Stiftungen u.a. im Sinne eines umfassenden Konzepts stärker aufeinander beziehen und vernetzen.

3. Das Volumen der Leistungsverträge wird gemäß Ratsbeschluss vom 15.03.2010 auf der Grundlage des Rechnungsergebnisses 2009 für die Zeit von 2011 bis Ende 2014 festgeschrieben.
4. In einem ersten Schritt kann es zu unterschiedlichen Verlängerungszeiträumen der Leistungsverträge kommen.
5. Die Bereiche „Mobile Soziale Dienste“ und „Sozialpädagogische Familienhilfe“ sollen künftig über Entgeltvereinbarungen finanziert werden.
6. Im Rahmen einer Schwerpunktsetzung in den Bereichen Armutsbekämpfung und Förderung der Integration sollen einzelne Angebote neu ausgerichtet werden.
7. Für die Offene Kinder- und Jugendarbeit sowie für den Bereich der Schulischen Integrationshilfen bzw. Schulsozialarbeit sollen zeitnah (möglichst bis Ende 2010) gesamtstädtische Konzepte erarbeitet werden, die den aktuellen Entwicklungen Rechnung tragen.
8. In die weitere Diskussion und Entscheidungsfindung sollen die Vertragspartner in angemessener Weise mit einbezogen werden.

- mit großer Mehrheit, bei einer Gegenstimme, beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6 **Umsetzung der Reformen am Arbeitsmarkt -Sozialgesetzbuch II (SGB II), Sozialgesetzbuch III (SGB III) und Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) in Bielefeld -Quartalsberichte**

Zu Punkt 6.1 **Sachstand zur Umsetzung SGB II**
Berichterstattung: Herr Radloff, Arbeitplus in Bielefeld GmbH

Herr Radloff berichtet über die Situation des Arbeitsmarktes und der Aktivitäten der Arbeitplus in Bielefeld GmbH (**Anlage 2**). Fragen von Frau Geilhaar, Herrn Dr. Schmitz, Frau Cascante-Maristany und Herrn Weber werden von ihm beantwortet.

-.-.-

Zu Punkt 6.2 **Bildung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Umsetzung des SGB II**

Vorsitzender Herr Garbrecht bittet die Anwesenden um eine Abstimmung zur Bildung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss bildet zur weiteren Umsetzung des SGB II eine interfraktionelle Arbeitsgruppe:

Sie besteht aus:

**3 Mitgliedern der CDU-Fraktion,
3 Mitgliedern der SPD-Fraktion,
2 Mitgliedern der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
1 Mitglied der Fraktion Die Linke,
1 Mitglied der FDP-Fraktion,
1 Mitglied der BfB-Fraktion und
1 Mitglied der Ratsgruppe Bürgernähe.**

Die Fraktionen mit mehr als einem Mitglied werden gebeten, in die Arbeitsgruppe neben einem Mitglied des Sozial- und Gesundheitsausschusses Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, des Finanz- und Personalausschusses oder des Haupt- und Beteiligungsausschusses zu entsenden.

Die Arbeitsgruppe hat die Aufgabe, Beschlüsse der Ausschüsse und des Rates bzgl. der Weiterführung der Arbeitsgemeinschaft in 2011 sowie zur möglichen Wahrnehmung der Option ab 2012 gemeinsam mit der Verwaltung vorzubereiten. Die Arbeitsgruppe ist kein Beschlussgremium, sie soll wie bereits 2004 möglichst konsensual die Beschlussfassung der Ratsgremien inhaltlich vorbereiten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6.3

Umsetzung der Reformen am Arbeitsmarkt, SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende), SGB III (Arbeitsförderung), SGB XII (Sozialhilfe)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0980/2009-2014

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6.4

Weiterbeschäftigung der Quartiershelfer (Antrag des Seniorenrates vom 19.05.2010)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1071/2009-2014

Der Seniorenrat verzichtet auf eine weitere Erläuterung des Beschlusses. Herr Radloff gibt allgemeine Erläuterungen zu den Voraussetzungen zur Teilnahme an den Qualifizierungsmöglichkeiten nach § 16 e SGB II. Er weist daraufhin, dass für eine weitere Qualifizierung zunächst persönliche Voraussetzungen erfüllt und im Einzelfall geprüft werden müssten. Bei den zurzeit bei der Stadt Bielefeld beschäftigten 19 Quartiershelfern er-

gibt sich folgende Situation:

- 5 Personen befinden sich im 1. Jahr der Qualifizierungsmaßnahme und erfüllen auch für ein weiteres Jahr die Voraussetzungen,
- 11 Personen erfüllen für ein 3. Jahr die Qualifizierungsvoraussetzungen und
- bei 3 Personen wurde eine positive Erwerbsprognose für den ersten Arbeitsmarkt ermittelt, so dass sie an einer Maßnahme nach § 16 e SGB II nicht mehr teilnehmen können. Konkrete Vermittlungsangebote konnten den Betroffenen noch nicht unterbreitet werden.

Herr Richter weist darauf hin, dass mit der Jobperspektive ein dritter Arbeitsmarkt für Personen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen geschaffen worden sei. Ziel sei es, die Hemmnisse abzubauen, um eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt zu erzielen und nicht die Dauer-Subventionierung.

Beigeordneter Herr Kähler erklärt für die Stadt Bielefeld, dass die weitere Unterstützung der Maßnahme grundsätzlich gewährleistet ist, soweit die Arbeitplus in Bielefeld GmbH die persönlichen Voraussetzungen festgestellt habe.

Die Mitglieder zeigen sich erfreut über das Ergebnis, erwarten aber, bis zur Ratssitzung am 08.07.2010, von Herrn Radloff konkrete Vorschläge zur Vermittlung der drei vermittelbaren Personen.

-.-.-

Zu Punkt 7

Benchmarking der mittelgroßen Großstädte in Nordrhein-Westfalen Kennzahlenvergleich SGB XII 2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0328/2009-2014

Frau Schröder informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage. Durch die Bewertung eigener Leistungen und Erfolge, auf der Grundlage interkommunal gültiger Referenzgrößen, werde die fachliche Gestaltung der individuellen Leistungsgewährung mit anderen Kommunen vergleichbar. Ziel des Benchmarkings sei es, durch quantitative Vergleiche und qualitative Aspekte eine Optimierung der bestehenden Strukturen zu erreichen. Aus kommunalpolitischer Sicht ergebe sich das größte Steuerungspotential bei der Hilfe zur Pflege. Frau Schröder verweist auf eine Zusammenstellung des Deutschen Städtetages über Zahlen und Fakten zur Entwicklung kommunaler Sozialausgaben (**Anlage 3**). Vorsitzender Herr Garbrecht, Frau Schröder, Herr Weber, Herr Winkelmann, Herr Adams, Herr Klein und Frau Schröder erörtern die Steuerungs- und Controllingmöglichkeiten. Eine regelmäßige Berichterstattung wird zugesagt.

-.-.-

Zu Punkt 8

Wohnungsmarktbarometer 2010

Herr Metzger und Herr Hagedorn erläutern die wesentlichen Ergebnisse des 10. Bielefelder Wohnungsmarktbarometers. Sie informieren über die Möglichkeiten und Grenzen am Bielefelder Wohnungsmarkt 2010 (**Anla-**

ge 4). Die Nachfrage nach nicht energetisch saniertem Wohnraum nehme ab. Bei der Leerstandsquote sei ein Rückgang auf 0,7% zu verzeichnen; der Landesdurchschnitt liege bei 2,1%.

Fragen von Frau Cascante-Maristany, Herrn Weber und Frau Dr. Ober werden beantwortet.

-.-.-

Zu Punkt 9

**Zuwanderung von Flüchtlingen nach Bielefeld-
Sachstandsinformationen und Handlungsbedarf**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1099/2009-2014

Herr Voßhans informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage. Herr Radloff erläutert die finanziellen Auswirkungen der Zuwanderung von irakischen Flüchtlingen (**Anlage 5**) im SGB II. Selbst bei Aufnahme einer Tätigkeit sei, aufgrund der Größe der Bedarfsgemeinschaften, ein Verbleib im SGB II-Bezug absehbar. Fragen von Vorsitzenden Herrn Garbrecht, Frau Dr. Ober, Frau Cascante-Maristany und Frau Mann werden von Frau Grewe und Herrn Voßhans beantwortet. Beigeordneter Herr Kähler führt aus, dass eine erfolgreiche Integration der Flüchtlinge nur durch gemeinsames Handeln der verschiedenen Fachbereiche möglich werde. Im Rahmen eines Projektes sollen Handlungsstrategien entwickelt werden. Über die Ergebnisse sei eine Berichterstattung im Dritten Quartal 2010 geplant.

-.-.-

Zu Punkt 10

**Einrichtung von Pflegestützpunkten gemäß § 92 c SGB XI in der
Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1044/2009-2014

abgesetzt

-.-.-

Zu Punkt 11

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Vorsitzender Herr Garbrecht stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Garbrecht
(Vorsitzender)

Krumme
(Schriftführerin)